



Nummer 4
Dezember 2014

Nachrichten

VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.



Inhalt

aktuell

Dieter Lachenmayer
40. Landesdelegiertenkonferenz
der VVN-BdA Baden-Württemberg
**Demokratie leben, Neonazis
stoppen, Frieden wahren!** S. 3

Alfred-Hausser-Preis vergeben:
**Barrierefreier Stadtrundgang zu
Widerstand und Verfolgung** S. 6

Janka Kluge
Laudatio zum Alfred-Hausser-Preis:
Geschichte geht uns alle an S. 7

Dieter Keller
Berufsverbotsopfer fordern
Rehabilitierung:
**Sei keine Duckmaus – Wir lassen
uns den Mund nicht verbieten!** S. 9

Geschichte

Marius Schuppert / Kurt Pätzold
Faschismus oder Nationalsozialismus
– Welcher Begriff ist richtig?
**„Das heutige Deutschland will
sich nicht mit Geschichte
kommen lassen“** S. 11

Silke Makowski
Der antifaschistische Widerstands-
kampf der Roten Hilfe Deutschlands:
**„Helft den Gefangenen
in Hitlers Kerkern!“** S. 12

Aus den Kreisen

Karlsruhe:
**„Verschwunden aber
nicht vergessen** S. 15

Reutlingen:
Herausforderung für Handeln! S. 16

Pforzheim:
Langer Atem bleibt notwendig S. 16

Offenburg:
**Gedenktafel für die Opfer des Fa-
schismus am Bahnhof** S. 17

Leserbrief S. 18

Literatur und Medien S. 18

Wir gratulieren S. 19

Titelbild: Blick in die Landesdelegier-
tenkonferenz. Foto: Thomas Trüten

Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 16. März 2015

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Einen guten Rutsch in ein
aktives 70. Jahr der Be-
freiung wünschen
die Redaktion der
Antifa Nachrichten
und der Lan-
desvorstand der
**VVN-Bund der
Antifaschisten**



Impressum

Die **AntiFa-Nachrichten** werden herausgegeben von der
**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) -
Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.**

Anschrift:
Böblinger Str. 195
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 - 60 32 37
Telefax: 0711 - 60 07 18

Email:
baden-wuerttemberg@vvn-bda.de
Internet:
<http://bawue.vvn-bda.de/>

Redaktion: Janka Kluge, Dieter Lachenmayer (V.i.S.d.P)
Die **AntiFa-Nachrichten** erscheinen 4 mal jährlich. Für Mitglieder der VVN -
Bund der Antifaschisten ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für
Nichtmitglieder kostet das Abonnement EUR 10, der Einzelpreis beträgt EUR
1,50.

Konten: BW Bank Stgt., DE62 6005 0101 0002 1197 48 BIC: SOLADEST600
Postbank Stuttgart, DE14 6001 0070 0052 4277 07 / BIC: PBNKDEFF600
Druck: Grafische Werkstatt, E. Knödler, Benningen auf 100 % Recycling-
Papier.

Der antifaschistische Widerstandskampf der Roten Hilfe Deutschlands:**„Helft den Gefangenen
in Hitlers Kerkern!“**

In der Forschung und im Bewusstsein über antifaschistischen Widerstand ist die Arbeit der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) in der Regel kaum präsent. Einschlägige Arbeiten zum Thema subsumieren die linke Solidaritätsorganisation allzu oft schlichtweg der KPD und ignorieren damit ihre Eigenständigkeit und die andere Schwerpunktsetzung. Erst in den letzten Jahren widmeten sich verschiedene AutorInnen der RHD und setzten dem weißen Fleck im linken Geschichtsbewusstsein mehrere Publikationen entgegen. Trotzdem sind weite Teile der antifaschistischen Solidaritätsarbeit weiterhin unerforscht.

Die Rote Hilfe Deutschlands war 1924 als zentrale Organisation gegründet worden, die die bisherigen Solidaritätsbemühungen bündeln sollte. Nach der Zerschlagung der Rätebewegung und des Mitteldeutschen Aufstands hatte sich die ArbeiterInnenbewegung einem neuen Maß an Verfolgungen gegenübergesehen, das durch lokale Hilfskomitees nicht mehr zu bewältigen war. Entsprechend der von der Sowjetunion gegründeten Internationalen Roten Hilfe entstand auf Initiative der KPD eine schnell wachsende Massenorganisation: Waren 1925 bereits 60.000 Menschen in der RHD organisiert, erreichte die Zahl Ende 1932 375.000 Individual- und 651.000 Kollektivmitglieder. Im Mittelpunkt standen die juristische Beratung und anwaltliche Verteidigung von Angeklagten aus der ArbeiterInnenbewegung sowie die finanzielle Unterstützung für die Gefangenen und ihre Familien, etwa in Form von groß angelegten Spendensammlungen im Rahmen der Winterhilfe. Daneben trat die RHD mit politischen Kampagnen an die Öffentlichkeit. Von den Amnestieforderungen für Erich Mühsam und Max Hoelz über Aktivitäten gegen den §218 bis hin zu internationalen Themen wie der Freilassungskampagne für Sacco und Vanzetti deckte die RHD eine breite Palette von Antirepressionsthemen ab. Zeitungen wie „Der Rote Helfer“ und „Tribunal“ wurden durch massenhaft verkaufte Broschüren ergänzt; am bekanntesten ist wohl Felix Halles Ratgeber „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht“. Die in vielen Bereichen eng an der KPD ausgerichtete Massenorganisation erfuhr schon in der Weimarer Republik immer wieder Repression und Verbandsverbote.

Nach der Machtübertragung an Hitler sahen sich die AktivistInnen der Roten Hilfe einer neuen Qualität von

Verfolgung ausgesetzt. Im März 1933 wurde die RHD zusammen mit anderen kommunistischen Nebenorganisationen von den Nazis verboten, Verhaftungen und Verurteilungen der aktiven Mitglieder folgten.

Der zunehmende Naziterror gegen die ArbeiterInnenbewegung machte die Solidarität mit den Betroffenen um so notwendiger, und die Rote Hilfe begann, unter den Bedingungen der Illegalität weiterzuarbeiten. Mit Spendensammlungen organisierten die verbliebenen Strukturen Unterstützung für die in „Schutzhaff“ Verschleppten und ihre Familien. Gleichzeitig wurden illegale Flugblätter verteilt, um über das Ausmaß und die Brutalität der Verfolgungen zu informieren. Neben den weiterhin erscheinenden Zeitungen der Reichsebene erstellten auch viele lokale Gruppen eigene Periodika. Ein weiterer Arbeitsbereich war die Organisation von illegalen Quartieren für untergetauchte Mitglieder und von geheimen Büros, die Schaffung von Deckadressen für den Briefkontakt zur Reichsleitung sowie von Anlaufstellen für KurierInnen. Die Fluchthilfe für gefährdete FunktionärInnen der ArbeiterInnenbewegung gehörte ebenfalls zu den Aufgaben der Roten Hilfe. Im benachbarten Ausland richtete die RHD Anlaufstellen für EmigrantInnen ein, in denen den Verfolgten Schlaf- und Essensplätze sowie finanzielle Unterstützung vermittelt wurden. Im Grenzbereich leisteten RHD-Gruppen einen wichtigen Beitrag für die Einfuhr illegaler Druckschriften und den Kontakt zu den Auslandsstellen.

Die Arbeitsschwerpunkte und -formen waren von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. In manchen Bezirken, deren Leitungen sich über viele Monate dem Zugriff der Verfolgungsbehörden entziehen konnten, wurde ein gut arbeitender illegaler Apparat aufgebaut.

Ein stabiles System von Stadtteilgruppen, Betriebszellen und Spendenkreisen ermöglichte die Produktion eigener Zeitungen und die Neuknüpfung von abgerissenen Kontakten in kleinere Ortschaften. Durch regelmäßigen Briefwechsel und durch die ReichskurierInnen blieb der überregionale Austausch bestehen.

In anderen Gebieten wurden die Bezirksleitungen in so schneller Folge verhaftet, dass eine kontinuierliche Arbeit kaum möglich war. Die verbliebenen RHD-AktivistInnen leisteten daraufhin vor allem in Kleingruppen direkte Solidarität und sammelten Geld- und Sachspenden für verhaftete AntifaschistInnen und ihre Angehörigen. In einigen Orten wurden Spendensammlungen der RHD schlichtweg den Aktivitäten anderer Organisationen angegliedert und beispielsweise gemeinsam mit KPD-Beiträgen kasziert, um sie danach direkt an die Betroffenen zu verteilen. Auch aus den besser organisierten Städten wurden die Gelder nicht mehr an die Reichsebene abgeliefert, sondern größtenteils lokal verwendet. Die Reichsleitung äußerte sich verärgert über die De-



zentralisierung, durch die ihr sowohl der Überblick über die Aktivitäten als auch die für den Gesamtapparat notwendigen Mittel abhanden kamen. Gleichzeitig stellte die Organisierung in losen Kleingruppen aber einen besseren Schutz vor den Verfolgungsbehörden dar.

In den meisten Städten bemühten sich die AktivistInnen aber zumindest in den ersten Jahren der Illegalität um den Aufbau zentraler Strukturen und die Reorganisierung der Leitungsgremien, so zum Beispiel im RHD-Bezirk Baden-Pfalz mit Sitz in Mannheim. Ähnlich wie die von ständigen Verhaftungen betroffene KPD-Spitze in der den Nazis verhassten „roten Hochburg“ waren auch die führenden Mitglieder der Roten Hilfe früh verhaftet worden. Erst Ende 1933 gelang es, unter der Leitung von Maria Mandel aus Viernheim wieder eine koordinierte Arbeit aufzubauen, die allerdings nie das gesamte Bezirksgebiet, sondern nur einige Zellen im Großraum Mannheim umfasste. Neben der Kassierung von Beiträgen und Spenden organisierten Maria Mandel und ihre enge Mitarbeiterin Gertrud Neudörfer Briefdeckadressen, Anlaufstellen und Übernachtungsplätze. Über die Reichskurierin Eva Lippold bestand Kontakt zur Reichsebene, und auch mit dem sehr gut organisierten Bezirk Frankfurt-Hessen gab es regen Austausch. Die von Maria Mandel und ihrem Mann Willi erstellte Zeitung „Das Rote Fanal“ wurde in vielen Widerstandsgruppen im Raum Mannheim gelesen. Nach einer Festnahmewelle gegen die Mitglieder im September 1934 kam die Arbeit dieser Struktur weitgehend zum Erliegen.

War schon in der Weimarer Zeit der Anteil von Frauen in der RHD recht hoch gewesen, so verstärkte sich diese Tendenz in der Illegalität oft noch. Auch im Fall der RHD waren zunächst die bekannten männlichen Mitglieder, insbesondere die Funktionäre, im Visier der Repressionsbehörden. Um die entstandenen Lücken in der Or-



Deckblatt einer Broschüre der Roten Hilfe vor 1933

ganisation zu füllen, übernahmen oft Frauen, die bisher weniger sichtbar für die RHD aktiv gewesen waren, die zentralen Posten und organisierten die klandestine Arbeit in lokalen Gruppen teilweise auf andere Art. Indem sie Verhaltensmuster benutzten, die als „typisch weiblich“ und somit als „politisch unverdächtig“ galten, schützten sie sich vor dem Zugriff der Gestapo. Funktionärinnentreffen wurden als Klatsch auf dem Friedhof oder als Kaffeekränzchen getarnt, Flugblätter wurden im Kinderwagen oder im Wäschekorb transportiert, und illegale Spendensammlungen fanden beim Gang zum Einkauf statt. Grundsätzlich behielten die meisten RHD-Gruppen jedoch die bisherigen Organisationsstrukturen bei.

In vielen Städten war die Anbindung an die KPD-Strukturen recht eng, was häufig der geschrumpften Zahl der WiderstandskämpferInnen geschuldet war. Diese enge Verzahnung lässt sich exemplarisch am kommunistischen Widerstandszirkel in Weil am Rhein zeigen, der im Grenzbereich zu Basel eine zentrale Rolle spielte. In der Gruppe um Sofie Dehm, die schon vor 1933 Kassiererin der RHD

gewesen war, waren KPD- und RHD-Strukturen vereint. Sofie Dehm fungierte nach den Verboten der linken Organisationen und den ersten Verhaftungswellen als Kassiererin für Partei- und Solidaritätsgelder und übernahm Ende 1933 die Ortsgruppenleitung. Ab 1934 reiste sie regelmäßig zu Treffen mit der Grenzstellenleitung nach Basel und besprach mit den dortigen KPD-FunktionärInnen die organisatorische Neustrukturierung in Südbaden. Insbesondere der Aufbau der Roten Hilfe war dabei Thema, da die Organisierung der praktischen Hilfe für die Verfolgten weiterhin ein wichtiges Arbeitsfeld ihrer Gruppe war. Parallel war die Widerstandsgruppe aus Weil am Rhein fest eingebunden in die Reichskurierlinie, die Informationen und kommunistische Druckschriften aus Basel einschmuggelte und bis nach Berlin verteilte. Anfang 1936 wurden die meisten Mitglieder der Gruppe verhaftet und im folgenden Prozess verurteilt, was der Arbeit im Grenzgebiet einen empfindlichen Schlag versetzte. Neben den engen Kontakten zur KPD schaffte es die Rote Hilfe weiterhin, auch NichtkommunistInnen in großer Zahl einzubinden. Viele SozialdemokratInnen, die enttäuscht waren über die Zurückhaltung ihrer Partei, und Parteilose aus Kreisen der ArbeiterInnenbewegung engagierten sich in der Solidaritätsarbeit. Daneben sprach die RHD mit gezielten Aufrufen und Bündnissen andere verfolgte Kreise an, etwa katholische und bürgerliche NazigeegnerInnen.

Ein Beispiel für diese gelungene Einheitsfrontpolitik im Südwesten ist der Aufruf „Schluß mit dem Terror“ vom Januar 1935, den die Bezirksleitungen Süd- und Mittelbaden der SPD und der Roten Hilfe gemeinsam mit der linkssozialdemokratischen Gruppe „Roter Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht“ aus Freiburg verfasste und in großer Auflage verteilte. Auf die Schilderungen der brutalen Verfolgungen durch die Nazis folgt der Appell zur gemeinsamen Solidaritätsarbeit: Die drei Organisationen „rufen daher gemeinsam alle Gegner des Systems (...), sich der großen, allumfassenden Hilfsgemeinschaft für die Opfer des faschistischen Terrors anzuschließen, in allen Orten, in den Organisationen und Betrieben gemeinsame Hilfskomitees zu bilden, sich in Spenderkreisen zusammenzuschließen und Patenschaften für

Kontinuität sichern - Fördermitglied werden!



Im Jahre 2005 wurde in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet, um historische Dokumente und Materialien der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung sowie der sozialen Bewegungen zu sammeln, zu sichern, aufzubereiten und öffentlich zugänglich zu machen.

Hans-Litten
Archiv e.V.

TEL 0551 / 770 8007
FAX 0551 / 770 8009
email @ hans-litten-archiv.de
www.hans-litten-archiv.de



Hans-Litten-Archiv
Konto 138115
BLZ 260 500 01
Sparkasse Göttingen

Gefangene, für Familien Gefangener und Ermordeter zu übernehmen.“ Wenig später erschien ein weiterer gemeinsamer Aktionsaufruf „An alle Arbeiter und Werktätigen von Mittel- und Oberbaden“, den neben den Organisationen des ersten Textes auch die KPD- und KJVD-Bezirksleitungen unterzeichneten.

Diese erfolgreiche Bündnisarbeit war ein wichtiger Grund, warum die Gestapo der Solidaritätsorganisation viel Aufmerksamkeit widmete. Das größte Problem stellte für den Verfolgungsapparat jedoch die moralische Unterstützung durch die Rote Hilfe dar. Selbst minimale Zusendungen an die KZ-Häftlinge stärkten deren Widerstandsgeist, und das Wissen, dass die RHD ihren notleidenden Angehörigen beistand, half vielen Gefangenen während ihrer Haftzeit.

Entsprechend hart gingen die Repressionsorgane gegen die Roten HelferInnen vor. In den ersten Monaten nach dem Verbot im März 1933 waren Tausende von RHD-FunktionärInnen in die KZs verschleppt worden, und viele überlebten den faschistischen Terror nicht. Das Vorstandsmitglied Erich Steinfurth wurde nach über zehnmonatiger KZ-Haft Anfang Februar 1934 von der Gestapo ermordet. Auch in Gerichtsprozessen steigerte sich das Maß der Verfolgung: wurden in den ersten Monaten der NS-Zeit geringe Beiträge noch vereinzelt als fehlgeleitetes karitatives Engagement betrachtet, wurde die Unterstützung der RHD bald als ebenso staatsgefährdend eingestuft wie die Arbeit für die KPD. Selbst bei einzelnen kleinen Geld- und Lebensmittelspenden waren lange Gefängnisstrafen zu erwarten. Im Juli 1935 erreichte der Justizterror eine neue Qualität, als Rudolf Claus, der als Mitglied der illegalen RHD-Reichsleitung gearbeitet hatte, zum Tode verurteilt und im Dezember 1935 hingerichtet wurde.

Durch den systematischen Einsatz von Spitzeln konnte die Gestapo große Erfolge in ihrem Kampf gegen die RHD aufweisen. Die Rote Hilfe in Mannheim wurde durch den Spitzel „Rudi“ verraten, der langfristig in der Organisation eingeschleust gewesen war und der insbesondere für die Zerschlagung des sehr aktiven Bezirks Frankfurt verantwortlich war. In Mannheim traf im Sommer 1934 die Warnung ein, dass es sich bei dem vermeintlichen RHD-Funktionär um einen Gestapo-Informanten handeln



Flugzettel der Roten Hilfe für die Befreiung Lolo Herrmanns

könne. Im Saarland kam es im August deshalb zu mehreren Krisentreffen zwischen dem Reichsleitungsmitglied Willi Koska und gefährdeten BezirksfunktionärInnen aus Süddeutschland. Im Frühherbst begannen die Verhaftungen, doch in Mannheim war die Beweislage zunächst noch zu dünn. Nur die Bezirksleiterin Maria Mandel wurde verurteilt, allerdings ausschließlich aufgrund der Fahrten ins Saarland. Erst 1936 wurde das Verfahren neu aufgerollt, und im Folgejahr wurden neun aktive RHD-Mitglieder aus dem Raum Mannheim mit Hilfe der Aussagen von „Rudi“ zu langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Zwar wurde in der Region weiterhin die Unterstützung der Verfolgten organisiert, doch zentrale Leitungsstrukturen mit überregionalen Verbindungen existierten in Mannheim von da an nicht mehr. Diese Entwicklung vollzog sich ab Mitte der 1930er Jahre auch in vielen anderen Städten.

Trotz der Vereinzelung beteiligten sich die örtlichen Gruppen weiterhin an groß angelegten Kampagnen, die nun hauptsächlich von den Exilstrukturen der RHD organisiert wurden. Ein bedeutendes Beispiel ist die Solidaritätsarbeit für die Stuttgarter Widerstandskämpferin Lilo Herrmann, die im Juni 1937 als erste Frau zum Tode verurteilt worden war. Die Rote Hilfe motivierte in den Exilländern viele linke und liberale Organisationen zu



Schreiben an wichtige FunktionsträgerInnen im Deutschen Reich. So wurden die NS-Frauenorganisationen von Frauenverbänden aus dem Ausland mit Appellen angeschrieben, in denen der Schwerpunkt auf der Mutterrolle der von der Hinrichtung bedrohten Kommunistin lag, und ProfessorInnen und Prominente erhielten von KollegInnen aus anderen Ländern die Aufforderung, Gnadengesuche zu verfassen. Daneben wurde reichsweit Informationsarbeit mit Flugblättern betrieben, bei der die RHD-Aktiven von GenossInnen aus anderen Organisationen und Parteien unterstützt wurden. Doch trotz der Massenwirksamkeit konnte die Hinrichtung Lilo Herrmanns im Juni 1938 nicht verhindert werden.

Die Kampagne für die junge Stuttgarterin war eine der letzten großen RHD-Aktionen. Ab September 1938 existierte die Rote Hilfe nicht mehr als zentrale Organisation, doch auf Ortsebene gingen die Aktivitäten unter diesem Namen noch viele Jahre weiter. Die praktische Solidarität für verfolgte GenossInnen blieb bis zur Befreiung ein elementarer Bestandteil der Widerstandsarbeit und ein wichtiges Bindeglied auch über ideologische Grenzen hinweg. Es ist an der Zeit, diesem oft vergessenen Kapitel des antifaschistischen Kampfes größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Silke Makowski